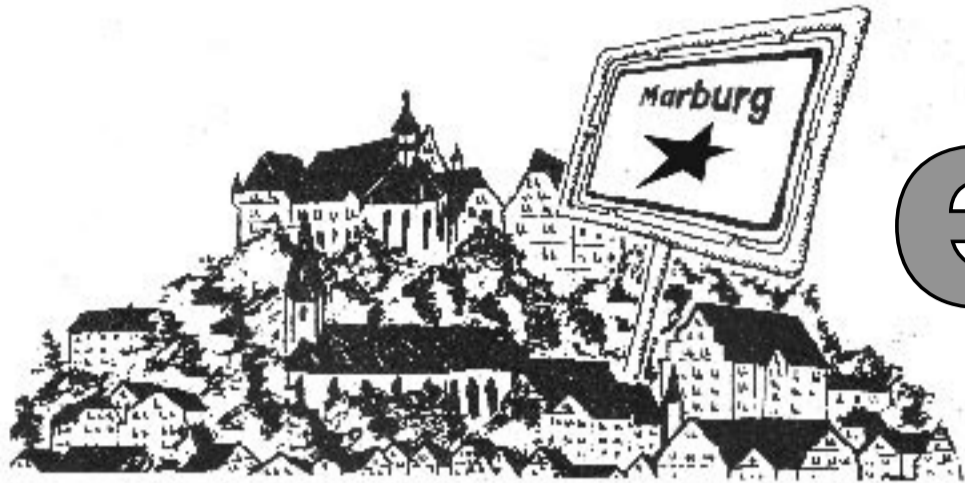


marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Oktober 2008

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#12

Wirtschaftsfreundlich

„Ich als Wirtschaftsförderer“ – so stellte sich Oberbürgermeister Vaupel kürzlich in einer Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vor. Das ist eine Rolle, in der er sich zunehmend gefällt.

Von der Homepage der Stadt kann man sich einen Film mit dem Titel „Wirtschaftsstandort Marburg“ herunterladen. Dort wird unter anderem auf die guten Bedingungen für den Golfsport hingewiesen.

Tatsächlich tut Egon Vaupel viel für „die Wirtschaft“, worunter vor allem sogenannte Investoren verstanden werden. Gerade ist der Gewerbesteuer-Satz gesenkt worden. Das begünstigt ca. vier große Unternehmen in der Stadt. Die Kleingewerbetreibenden haben nichts davon. Sie zahlen praktisch ohnehin keine Gewerbesteuer, da diese von der Einkommensteuer abgezogen wird. Offenbar fürchtete der Magistrat, irgendeiner der „Großen Vier“ werde den offiziellen Geschäftssitz in eine andere Stadt verlagern, wenn es beim alten Satz bleibt.

Auch vor Vaupels Zeit als Oberbürgermeister zeigte sich Marburg erkenntlich. Der Eigentümer der Deutschen Vermögensberatungs AG wurde Ehrenbürger. Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb damals, die Stadt habe sich verkauft.

Besonders großzügig ist der Magistrat mit Baugenehmigungen. Als die Rhön-AG, die neue Pri-

vateigentümerin des Klinikums, 2007 mit der Errichtung ihrer Partikeltherapie-Anlage begann, gab es für dieses Gebiet noch nicht einmal einen Bebauungsplan. Dass einer erstellt wurde, ist völlig in Ordnung. Merkwürdigerweise wurde aber die Baugenehmigung schon erteilt, bevor der Bebauungsplan verabschiedet war. Bürgermeister Kahle behauptete, dies sei rechtlich zwingend geboten gewesen. Dies konnte er nie beweisen.

Seit Monaten schon macht ein Bauträger, die Depant GmbH,

Reklame für den Kauf von Wohnungen entlang der Bundesstraße 3, direkt neben der Mensa. Sie sollen von den neuen Eigentümern an Studierende vermietet werden. Kaufwilligen wird ein Baubeginn im Herbst 2008 und Fertigstellung im Oktober 2009 versprochen. Der Magistrat wirbt auf seiner Homepage für dieses Vorhaben.

Im gültigen Bebauungsplan ist die Errichtung neuer Wohnungen direkt an der Stadtautobahn aber untersagt. Ein Stück Grünfläche in diesem Bereich darf überdies

nicht überbaut werden.

Nun gut, Bebauungspläne kann man ändern, wenn dies sinnvoll ist. Dieser Weg hätte dem Magistrat auch in diesem Fall offen gestanden. Allerdings ist dies ein langwieriges Verfahren, die Zeitpläne des Bauträgers könnten so unmöglich eingehalten werden. Deshalb wählt der Magistrat die Variante einer „Befreiung“ von einigen hemmenden Bestimmungen des gültigen Bebauungsplans. Wieder behauptet er, dazu sei er rechtlich zwingend verpflichtet. Auch dies kann er nicht beweisen.

Hinter der Philosophie der „Wirtschaftsfreundlichkeit“ steht folgende Überlegung: wenn es den Unternehmen gut gehe, dann hätten auch die kleinen Leute etwas davon. Dass die Gewerbesteuer-Einnahmen seit 2007 gestiegen sind, hat aber nichts mit der Wirtschaftsfreundlichkeit des Oberbürgermeisters zu tun. Es ist Ergebnis einer günstigen Konjunktorentwicklung, die gerade wieder abflaut.

Egon Vaupel muss ein wenig aufpassen: leicht kann die Grenze zwischen Wirtschaftsfreundlichkeit und Wirtschaftsabhängigkeit überschritten werden.

Georg Fülberth

Kinder in Armut

Am 22. August veranstalteten der Kreis Marburg-Biedenkopf und die Stadt Marburg eine Fachtagung zum Thema Kinderarmut. Mit 130 Teilnehmern war die Veranstaltung gut besucht.

Das Hauptreferat hielt Prof. Berthold Dietz, Ev. Fachhochschule Freiburg. Abgesehen von der Entrüstung über die skandalösen Zustände in unserem Land war es ihm vor allem wichtig, darzustellen, was man alles mit Statistiken machen kann. Es verwundert nicht, dass dann solch variable Zahlen von 13 % bis 19 % Kinderarmut in der BRD genannt werden. Die Impulsreferate aus Schule,

Kindergarten, Jugendamt und Gesundheitsbereich machten einmal mehr deutlich, welches Unglück Kinder in diesem reichen Land durchleben müssen: Pausenbrote werden auf dem Schulhof aufgeklaut, Kinder wachsen in vermüllten Wohnungen auf, die Inobhutnahmen durch die Jugendämter sind so häufig wie nie. Arme Kinder haben in der Schule nur noch wenig Chancen auf eine höhere Bildung.

Wo liegen die Ursachen des Elends? Diese Frage rückte bei der Tagung nicht sehr in den Vordergrund, auch wenn sie nahe liegt. Hartz 4, Minijobs, Hungerlöhne, all dies ist nicht vom Himmel gefallen. Jeder Mensch

möchte sich von Natur aus durch gesellschaftlich sinnvolle Arbeit einbringen. Immer mehr Menschen bleiben aber außen vor. Ihnen wird unterstellt, für ihr elendes Schicksal selbst verantwortlich zu sein. Sie werden von der entsprechenden Behörde „gefordert“ statt gefördert und erleben so Arbeit regelmäßig als Strafe. Was können deren Kinder daraus lernen, außer dass es ihr „Schicksal“ ist, in Armut zu leben?

„Niemand hat das Recht auf Faulheit“. Dies war ein Kernsatz des Kanzlers Schröder, als er nach Kohl die Regierungsgeschäfte übernahm. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Jeder soll das

Recht auf eine sinnvolle und gut bezahlte Arbeit haben.

Die SPD ist gefragt. Bleibt sie bei ihrer Politik, mit der Folge, dass sich die Verhältnisse weiter verschlimmern? Oder versucht sie mit allen linken Kräften in unserem Land eine Kehrtwende weg von Hartz 4, der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, der lässigen Haltung bei der Frage der Mindestlöhne, weg von Privatisierungen öffentlicher Betriebe usw.? Die Mehrheit der Bevölkerung wäre dafür.

Wenn sich die SPD weiter selbst zerlegt, ist niemandem gedient, am wenigsten unseren Kindern.

Christian Mark

AUSGEFRAGT

Herwig Selzer, Kreisvorsitzender der DKP Marburg-Biedenkopf, über den 40. Geburtstag der Deutschen Kommunistischen Partei und ihre Zukunftsperspektiven: Ein Interview auf...

SEITE 2

HOCH DIE... NIEDER MIT...

Lesen sie einen aktuellen Brief Fidel Castros anlässlich der großen Zerstörungen, die der Hurricane »Ike« auf Cuba angerichtet hat...

SEITE 3

LESEN

Zwei neue Bücher, die es in sich haben: Lesen sie aktuelle Buchempfehlungen von Georg Fülberth und Heiko Bolldorf auf...

SEITE 4

Im Übrigen...*

von Pablo Graubner

... »Die Renten sind sicher.« Was schon für die gesetzliche Rentenversicherung nicht gestimmt hat, stimmt für die Renten, d.h. die Erträge aus zinslichen Wertpapieren, erst recht nicht mehr. Es hat sie die Finanzkrise, welche seit nunmehr 15 Monaten ihr Unwesen treibt. Bear Sterns, Lehman Brothers und Merrill Lynch heißen einige der US-Investmentbanken, die seither dem »Bonitätsrisiko« zum Opfer gefallen sind, womit der Fachmann das Risiko bezeichnet, das durch eine mögliche Zahlungsunfähigkeit des Schuldners erwächst. Irgendwie folgerichtig geraten nun sog. Ratingagenturen, also Unternehmen, die die Kreditwürdigkeit (Bonität) anderer Unternehmen bewerten, in die Kritik. Finanzexperten werfen ihnen vor, durch komplexe Bewertungsmodelle Transparenz verhindert und so die Spekulationsblase aufgebläht zu haben. Fiktives Kapital kann also erfunden, schön geredet und – neuerdings – auch als »komplex« bezeichnet werden. Weniger fiktiv wird es dadurch nicht. »Auch da, wo der Schuldschein – das Wertpapier – nicht wie bei den Staatschulden rein illusorisches Kapital vorstellt, ist der Kapitalwert dieses Papiers rein illusorisch«, schrieb Marx dazu im Kapital Bd. 3. Der Ideengeber für unsere Überschrift, der ehem. Arbeitsminister Norbert Blüm, ist inzwischen wenigstens im Varietétheater zu finden. Die Ursachenforschung von Finanzkrisen ist dort – trotz kabarettistischer Einlagen – leider noch nicht angekommen.



ECHO VON LINKS



Gastkommentar von Reiner Boulnois (Marburger Friedensbündnis)

Bundeswehr raus aus Afghanistan!



»Die Linke« entstand aus dem Zerfallsprozess zweier ehemals großer Parteien: der SED und der SPD, und zugleich zweier Gesellschaftstypen: des »Realen Sozialismus« in der DDR und des Wohlstandskapitalismus in der Bundesrepublik. Die Abwicklung der SPD war allerdings nur eine teilweise.

Die zweigeteilte Sozialdemokratie und ihre Perspektive in Hessen.

Buchvorstellung und Diskussionsveranstaltung

mit
Georg Fülberth (DKP)

Mi., 3. Dezember
20.00 Uhr
DGB-Büro
in der Bahnhofstr.

Eine Veranstaltung der DKP Marburg.

Mitgliederversammlung der DKP
jeden ersten Dienstag im Monat,
20 Uhr,
Ort auf Anfrage.

DKP-Stammtisch
Di, 11. Nov., 20 Uhr
im „Sudhaus“ (1. Stock,
Nichtraucherraum)

Kontakt:
info@DKP-Marburg.de

Zum diesjährigen Antikriegstag am 1. September wurde vom „Bündnis Nein zum Krieg“ ein „antimilitaristischer Gang“ durch unsere Stadt mit anschließender Kundgebung am Marktplatz durchgeführt. Dabei stand die Ablehnung einer deutschen Beteiligung am NATO-Krieg in Afghanistan im Mittelpunkt. Denn schon fast sieben Jahre wird deutsches Militär dort eingesetzt, in Gestalt des Kommandos Spezialkräfte (KSK) sogar praktisch ohne jede parlamentarische Kontrolle.

Im Rahmen verschiedener Mandate verstärkt sich ein schmutziger Krieg mit zunehmend mehr zivilen Opfern. Wie jeder erkennen kann und von führenden Generälen auch eingestanden wird, ist dieser Krieg für die NATO nicht mehr zu gewinnen! Die verantwortlichen Politiker versuchen jedoch der deutschen Bevölkerung mit Begriffen wie „zivil-militärische Projekte“ von „bewaffneten Entwicklungshelfern“ einzu-reden, die deutsche Teilnahme an diesem Krieg sei eine besondere Form von Entwicklungshilfe im Interesse der leidenden afghanischen Bevöl-

kerung. Dabei wird für den militärischen Einsatz ein Vielfaches mehr aus unseren Steuermitteln aufgewendet als für wirklich notwendige Entwicklungsprojekte. Unsere Sicherheit wird nicht, wie von Struck behauptet, am Hindukusch verteidigt! Mit dieser Aussage soll einerseits der Anschein der Einhaltung der Verfassung erhalten bleiben. Andererseits soll der weltweite Anspruch auf rücksichtsloses Durchsetzen „deutscher (Wirtschafts)Interessen“ gerade auch mit militärischen Mitteln dokumentiert werden. Wie sieht nun die Wirklichkeit für die übergroße Mehrheit der AfghanInnen tatsächlich aus? Dem vom jahrzehntelangen Bürgerkrieg zerstörten Land wurde eine Regierung von den als Besatzern empfundenen ausländischen Militärs aufgezwungen, die nur von Wenigen anerkannt wird. Diese Regierung kann die Lebensverhältnisse der Menschen nicht verbessern – im kommenden Winter sind 5 Millionen Afghanen ohne Hilfe von außen vom Hungertod bedroht. Aus Not bauen viele Bauern Mohn und Cannabis an, da nur so ihre Familien überleben kön-

nen. Deshalb müssen für sie Alternativen angeboten werden und nicht der Anbau bekämpft werden, wie Kriegsminister Jung jetzt angekündigt hat. Die neoliberale Ausrichtung der afghanischen Wirtschaftspolitik lässt die Arbeitslosigkeit wachsen, die Situation vieler Frauen und Kinder wird immer hoffnungsloser. Durch die Zunahme von zivilen Opfern in Militäraktionen, auch von deutschen, nimmt der Widerstand gegen alle Besatzer zu. Die Gewaltspirale beschleunigt sich. Nicht dieser Widerstand ist Terror, sondern die Antwort auf den von den Besatzern, auch den deutschen, ausgeübten militärischen Terror. Die USA ziehen nun auch noch völkerrechtswidrig Pakistan in den Krieg hinein. Sie riskieren damit einen kriegerischen Flächenbrand in einer unsicheren Region mit sich feindlich gegenüberstehenden Atommächten, die keine bindenden Verträge zum Nichteinsatz von Atomwaffen unterschrieben haben. Deutschland muss in dieser Situation ein Zeichen setzen und sich aus diesem Krieg sofort zurück-

ziehen. Völlig verantwortungslos wäre es unter diesen von den USA bestimmten Bedingungen die falschen militärischen Mittel verstärkt und noch länger in Afghanistan einzusetzen.

Unsere Forderungen an Bundesregierung und Bundestag können daher nur lauten:

» Keine Verlängerung und Aufstockung der Afghanistan-Mandate.

» Bundeswehr, v.a. das KSK, sofort und ohne Bedingungen raus aus Afghanistan.

» Die Bundesregierung muss Rahmenbedingungen schaffen, dass die schwerwiegenden Probleme des Landes von den AfghanInnen selbst gelöst werden können, evt. Mit Unterstützung islamischer nicht-paktgebundener Staaten und auf der Basis regionaler Übereinkünfte.

» Freiwerdende Mittel werden einer von den demokratischen afghanischen Kräften ohne Beeinflussung von außen bestimmten Administration zur Verfügung gestellt.

AUSGEFRAGT



„Ich will handeln können.“

* Herwig Selzer ist Kreisvorsitzender der DKP Marburg-Biedenkopf und BR-Vorsitzender bei der Lebenshilfe, Gießen.

Leben. Es gibt die großartigen Augenblicke, es gibt die Tragödien. Entscheidend ist und bleibt die Antwort auf die Frage: Wie gehe ich damit um? Versinke ich in Depression oder sage ich mir, schau Dir die Dinge genau an, diskutiere sie mit deinen GenossInnen und finde Lösungen für die Zukunft. Der Optimismus ist so Teil von mir geworden. Für die DDR war es der letzte Geburtstag, für die DKP fängt das Leben jetzt erst richtig an.

Meinst du das im Ernst?

Ja. Am Infostand habe ich schon öfters gehört: „Was, Euch gibt es noch?“. So eine Frage ist eigentlich komplett verrückt, weil es uns natürlich gibt und geben muss, damit ein gänzlich anderes Zusammenleben möglich wird. Aber dann denke ich mir: „Muss man das jetzt wissen?“ Wir sind so klein, dass man uns tatsächlich übersehen kann. Aber die Ideen, die wir vertreten, sind groß. Deswegen überrascht es mich nicht, dass, wie im Falle Christel Wegner (DKP-Mitglied im niedersächsischen Landtag) um diese klitzekleine Partei ein Riesen-Medienrummel veranstaltet wird. Anders betrachtet: Wir haben bereits jetzt eine unerträgliche Spaltung in arm und reich. Wer nicht komplett seine

Selbstachtung verloren hat und nicht auf Kosten Anderer leben kann, hat ein offenes Ohr für unsere Sichtweise. Diese Menschen gibt es mehr als man denkt. Wir werden in den nächsten Jahren größer werden, davon bin ich überzeugt.

Warum soll jemand in die DKP eintreten? Was wäre dein Hauptargument?

Zu leben ist wunderbar und damit das so bleibt, sollte jede/r von uns peinlichst darauf achten, sich nicht einmachen zu lassen und stattdessen aufrecht zu gehen. Gebuckelt durch die Gegend zu laufen macht krank. Eine revolutionäre Partei kann in dieser Richtung äußerst hilfreich sein. Dies sage ich nicht einfach so. Mir gibt es auf jeden Fall Kraft. Es ist eine Lebenseinstellung. Ich habe keine Lust, mir beispielsweise nur zu vergegenwärtigen, wie furchtbar die gegenwärtige Rechtsentwicklung in der BRD ist, von Naziaufmärschen angefangen bis hin zu einer Regierungspolitik, die die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums forciert betreibt. Ich will meine Unabhängigkeit gesichert sehen, ich will handeln können. In jeder anderen Partei würde ich mich als Teil „unseres“ real existierenden deutschen Staates sehen, die mit welcher politischen Vorgabe und Sehnsucht auch immer den Frieden mit dem inneren Feind geschlossen hat, was man natürlich auch

nicht mehr sagen darf oder sich nichts anderes sehnlicher erwünscht.

Dann erübrigt sich wohl die Frage, ob du Die Linke als eine Partei ansiehst, die das kapitalistische System in der BRD überwinden will?

Ja.
Und was wolltest du schon immer zum 40. Geburtstag der DKP sagen?

An dieser Stelle würde ich dann doch ganz gerne mal Lenin zu Wort kommen lassen. Es lohnt sich wirklich, seine Werke zu lesen. Sehr erhellend kann ich da nur sagen. Immer noch brandaktuell. Ganz großartig. Von ihm stammt auch folgende Aussage: „Wenn der Mensch die Kraft zum guten Träumen eingebüßt hätte, wenn er nicht immer wieder vorseilen würde und mit seiner Einbildungskraft das Ganze seines Tuns überschauen würde, das sich mühselig unter seinen Händen herauszubilden beginnt - wie könnte er überhaupt das Umfassende seiner Anstrengungen aushalten? Träumen wir also! Aber unter der Bedingung, ernsthaft an unseren Traum zu glauben, das wirkliche Leben auf das Genaueste zu beobachten, unsere Beobachtungen mit unserem Traum zu verbinden, unsere Phantasie gewissenhaft zu verwirklichen! Träumen ist notwendig...“

Im Gespräch mit Herwig Selzer*

40 Jahre DKP - was fällt Dir spontan dazu ein?

Ich bin froh und glücklich, dass es diese Partei gibt. 40 Jahre Existenz und Wirken einer revolutionären Partei in der Bundesrepublik Deutschland, das ist wirklich kein Pappentier. Ich habe in dieser Partei wunderbare Menschen kennen gelernt, die mein Leben äußerst positiv beeinflusst haben. Jeden Tag mit der Überzeugung starten zu können, dass es immer Menschen geben wird, die den Kapitalismus nicht als gottgegeben hinnehmen und für sich als Konsequenz die Mitgliedschaft in der DKP ziehen, ist sehr beruhigend.

Die DDR ist auch vierzig Jahre alt geworden, aber kein Jahr älter ...

Das ist wohl wahr. Ich würde sagen: Viel zu früh aus dem Leben gerissen. Aber so ist nun mal das

HOCH DIE... NIEDER MIT...

»Ein Atomangriff«

Anlässlich der großen Zerstörungen, die Hurrikane »Ike« auf Kuba angerichtet hat, dokumentieren wir einen **Brief Fidel Castros** vom 2. September 2008.

Ich übertreibe nicht. Das ist der meist benutzte Ausdruck vieler Mitbürger. Das war der Eindruck des Generalstabschefs der Streitkräfte, Álvaro López Miera, eines erfahrenen Militärs, als er auf der Isla de la Juventud (Jugendinsel) die Stahlträgermasten ganz zusammengeknickt und verdreht, die Häuser in Ruinen verwandelt und überall nur Zerstörung sah. „Es war ein harter Schlag, ich hätte mir das nicht einmal vorstellen können“, sagte Ana Isa Delgado, Parteisekretärin und Vorsitzende des Zivilschutzkomitees des wichtigen Verwaltungskreises mit einer vor Anstrengung ermüdeten, aber standhaften und entschlossenen Stimme. „Ich habe in den fünfzig Jahren, die ich hier lebe, niemals so etwas gesehen!“, gab ein Nachbar erstaunt kund. Ein junger Soldat, der von einem Amphibienfahrzeug kletterte, rief: „Wir werden beweisen, dass wir bereit sind, sogar unser Leben für das Volk zu lassen!“ In Her-



radura, hat General des Armeekorps Leopoldo Cintra Frías, als er rund um sich alles in Ruinen verwandelt sah, sein Erstaunen und seine Bewunderung über den Mut der Bevölkerung wie folgt zum Ausdruck gebracht: „Das ist, als ob man eine atomare Explosion sehen würde.“ Er war nahe daran, eine im Südwesten von Angola zu sehen, wenn die Rassisten sich entschlossen hätten, gegen die kubanisch-angolanischen Truppen eine der sieben Bomben abzuwerfen, die ihnen die Regierung der Vereinigten Staaten zukommen ließ. [...]

Ich wage es unumwunden zu sagen, dass mich die am Sonntag von den Landes- und Fernsehstationen gezeigten Fotos und gefilmten Ansichten an die Zerstörungen erinnerten, die ich bei meinem Besuch in Hiroshima gesehen habe, das im August 1945 Opfer des ersten Atombombenangriffs wurde. Nicht umsonst wird behauptet, dass ein Wirbelsturm eine riesige Energie freisetzt, die vielleicht tausenden Atomwaffen wie jenen entspricht, die auf die Städte Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden. [...] Jetzt geht

der Kampf darum, die Opfer des Hurrikans zu ernähren. [...] Dieser Hurrikan hinterlässt uns Schäden an einhunderttausend Wohnungen, die von größerem oder geringerem Ausmaß sind, und den beinahe vollkommenen Verlust von nach der Tragödie notwendigen Artikeln [...]. Wie viele wirbelsturmsichere Wohngebäude braucht Kuba? Nicht unter 1,5 Millionen für insgesamt 3,5 Millionen Familien. Wir wollen die Kosten solcher Investitionen zu jenen internationalen Preisen berechnen, die den Angaben entsprechen, die auf der Welt gehandhabt werden. Eine Familie in Europa muss mindestens 100 000 Dollar zahlen, plus die Zinsen, für die sie 15 Jahre lang monatlich 700 Dollar ihrer Einkünfte aufbringt. Zehn Milliarden Dollar betragen ungefähr die Kosten für einhunderttausend Wohngebäude für Durchschnittsfamilien in den entwickelten Ländern, wo die Preise für Industrieerzeug-

nisse und Nahrungsmittel auf der Welt bestimmt werden. Man müsste noch den Aufwand für die wieder aufzubauenden beschädigten sozialen Einrichtungen und die anderen Wirtschaftseinrichtungen hinzufügen und die erforderlichen Ausgaben für die Entwicklung. [...] Der entwickelte Imperialismus wird schließlich alle diejenigen töten, die ohne seine Erlaubnis in sein Hoheitsgebiet zu kommen versuchen, um zu Sklaven mit Gehalt zu werden und etwas vom Konsum abzubekommen. Sie tun das schon. Der Chauvinismus und der Egoismus, die das System hervorbringt, sind sehr groß. Das wissen wir und werden weiter die Solidarität fördern, die unsere größte Ressource innerhalb und außerhalb unseres Vaterlandes ist.

Spenden an den Solidaritätsfond der DKP-Cuba AG:
Postbank Köln
Konto Nr.253525-502
BLZ 370 100 50

VON DER HEIMATFRONT

Bildungsnotstand in Marburg

Linksjugend [solid], SDAJ und DGB-Jugend Marburg gründen Jugendbündnis



Angeregt durch den bundesweiten »Jugendaufruf« (www.jugendaufwurf.de) haben sich Marburger Jugendliche zu einem lokalen Jugendbündnis zusammengeschlossen. Der »Jugendaufwurf« ist eine Initiative von Aktivistinnen und Aktivisten aus SVen, ASten, Jugendgewerkschaften und anderen demokratischen Jugendorganisationen, wie der SDAJ oder linksjugend [solid], die sich gegen die miserable Bildungs- und Ausbildungssituation in unserem Land richtet. Gefordert wird »Her mit dem schönen Leben – her mit dem Recht auf Bildung, gute Ausbildung & Arbeit«. Unterstützung fand der Aufruf bis hin in die Reihen der Jusos und Jungen Grünen. Dabei wurde der vergangene 1. Mai zum bundesweiten Aktionstag: In vielen Städten in der ganzen Bundesrepublik haben Jugendliche sich in Jugendblocks zusammengeschlossen und im Rahmen der Mai-Demonstrationen für ihre Forderungen geworben – so z.B. auch in Frankfurt, hier in Hessen (siehe Foto).

Der Jugendaufwurf stemmt sich mit seinen Forderungen nach kostenfreier Bildung und Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, einer Ausbildungsplatzumlage u.v.m. gegen den Trend in der herrschenden Politik, die Interessen der Jugend unter den Profitinteressen deutscher Banken und Konzerne zu begraben. Er ist ein Schritt, um die Reihen des Widerstandes gegen die Zukunftskiller der Jugend fester zusammen zu schließen. Unmissverständlich heißt es im Jugendaufwurf: »Es hilft kein Dücken, verhandeln oder betteln sondern nur eines: Widerstand leisten.« Er stellt aber auch klar: Der »Anfang liegt bei Dir. Damit sich was verändert, musst Du Dich einmischen.« Dies haben sich die Marburger Jugendlichen zu Herzen genommen und eine eigene gemeinsame Erklärung zur Schul-, Ausbildungs- und Studiumssituation in Marburg erarbeitet, die in den kommenden Wochen an den Marburger Schulen verteilt

werden soll. »Wir wissen, dass die Kämpfe der Jugendlichen, wie bei den jüngsten Schulstreiks in Kassel oder den Protesten gegen Studiengebühren hier in Marburg zusammenhängen. Denn sie sind Reaktionen auf eine Politik gegen uns. Deshalb wollen wir uns auch in Marburg zusammenschließen und gemeinsam gegen jene aktiv werden, die uns unsere Zukunft verbauen«, heißt es dort. Und weiter: »Wichtig ist es uns, vor Ort aktiv zu werden, denn hier, wo wir leben, lernen, arbeiten und studieren, wird uns Jugendlichen die Zukunft verbaut.« Zu diesem Zweck wird es ein offenes Aktionstreffen geben. Es sollen die Bildungssituation in Marburger eingeschätzt und Perspektiven für gemeinsame Aktivitäten entwickelt werden.

compay

Offenes Aktionstreffen:
Donnerstag, 30.10.08
18 Uhr, DGB-Büro, Bahnhofsstr.

HOCH DIE... NIEDER MIT...

Gescheiterte Kampagne

Die olympische Flamme in Peking ist nach 16 Tagen erloschen. Aber in ihrem Licht war China besser wahrzunehmen, positiver, realistischer. Das wird nachwirken.

Es war ein weiter und schwerer Weg bis zu den XXIX. Olympischen Sommerspielen in Peking. Bis 1979 gab es für die tonangebenden westlichen Länder nur ein China: Taiwan, unter der Diktatur Tschiang Kai-sheks. Erst bei den Olympischen Sommerspielen 1984 konnte eine Mannschaft aus der Volksrepublik auflaufen. Der Sport entkommt der Politik nicht: Die Kampagne gegen China mit den Schwerpunkten Menschenrechte, Tibet, Umweltverschmutzung begann sofort nach der Vergabe der Spiele an Peking im Jahr 2001 und steigerte sich. Menschenrechte nicht in dem Sinn, wie China sie erkämpft: Unter einem Wust von Anschuldigungen soll die einfache Tatsache verschüttet werden, dass die Menschen »vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können« (Friedrich Engels). Doch die Propagandakampagne, unter dem Vorwand der »Unterdrückung Tibets« einen Boykott der Spiele zu inszenieren, scheiterte. Von George Bush bis George Brown kamen sie alle nach Peking zur Eröffnungsfeier, mit den unrühmlichen Ausnahmen Angela Merkel und Horst Köhler. Es muss die Kommentatoren in ARD und ZDF und in den Redaktionen der bürgerlichen Blätter gewürgt haben, ständig bei den Siegerehrungen die rote Fahne Chinas sehen und die chinesische Nationalhymne hören zu müssen, während sie die er-



hofften Schlagzeilen von außerhalb der Stadien nicht zu liefern imstande waren. Jetzt werden sie sich nicht entspannen können. Robert Ménard, Chef der von der CIA ausgehaltenen »Menschenrechtsorganisation« »Reporter ohne Grenzen« nahm sich auf einer Pressekonferenz in Paris, auf der er noch einmal Galle gegen China ausspie, schon ein neues Ziel vor. In sechs Jahren sollen die Olympischen Winterspiele in Sotschi stattfinden. Der hasserfüllte Ménard warf dem Internationalen Olympischen Komitee vor, den Peking-Fehler wiederholt zu haben, indem es diese Spiele den Russen ausgeliefert habe. Übrigens: die Olympischen Winterspiele 2010 finden in Kanada statt, die Sommerspiele 2012 in London. Beide Länder sind - zum Beispiel - in die verbrecherische Besatzung in Afghanistan eingebunden. Menschenrechte? Die Frage wird nicht gestellt werden.

Manfred Idler

(aus UZ, 29.08.08, red. gekürzt)



Ein neues Kommunistisches Manifest

Georg Fülberth über Dietmar Daths »Maschinenwinter«

Das Büchlein „Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus“ von Dietmar Dath hat das Zeug, zum Kommunistischen Manifest des 21. Jahrhunderts zu werden, auch wenn der Autor nicht für eine Organisation steht, sondern ausschließlich im eigenen Namen spricht.

Der Vergleich mit der älteren Schrift ist wenig schmeichelhaft für die 160 Jahre, die seit 1848 vergangen sind. Man erinnert sich:

Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels schließt deren so genannte Frühschriften ab. Diese werden auch von manchen Bürgerlichen geschätzt, die mit dem Marxismus nicht so viel am Hut haben: hier walte da doch noch erfreulich viel Visionäres, Freiheit der Möglichkeiten, nicht der schreckliche angebliche Determinismus des späteren Werks.

An diesem merkwürdigen Lob ist so viel richtig, dass das „Manifest der Kommunistischen Partei“ lediglich ein Entwurf einer späteren ausgearbeiteten Theorie ist. Der Mehrwert ist noch nicht entdeckt, viel muss noch konkretisiert werden. Wenn am Beginn des 20. Jahrhunderts

Daths Schrift ein Fortschritt über das mittlerweile theoretisch und praktisch Erreichte hinaus ist (und das ist sie!), dann zeigt sich daran die Größe der Niederlage des Denkens und Handelns von Marxistinnen und Marxisten, die dem vorausging.

Die Grundthese ist nicht völlig neu: der Widerspruch zwischen ständig steigender Arbeitsproduktivität („Maschinen“) und bisheriger Verteilung muss durch demokratische Planung („Sozialismus“) aufgehoben werden, sonst entstehen „zwei neue Spezies, wie die Morlocks und die Eloi bei H.G. Wells – Herren und Knechte, bei denen die Abhängigkeit der Herren von den Knechten das Ganze stabilisiert, vielleicht auf Jahrtausende.“ Um dies zu verhindern, müssen die „Menschen ihre Maschinen befreien, damit sie sich revanchieren können.“

Dath bietet eine überraschende Interpretation eines klassischen Zitats an: „Alle bisherige Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen: Man hat den berühmten Satz aus dem Manifest der Kommunistischen Partei ausschließlich als Erklärung von etwas verstehen wollen, das man heute bereits kennt, aber nicht

versteht, statt als Bestimmung von etwas, das man vorhat.“

Gemeint ist folgendes: Klassenkampf wird um die Aneignung des Überschusses geführt, die über das zur Reproduktion der Arbeitskraft, der Rohstoffe, Zwischenerzeugnisse und Produktionsmittel Notwendige hinausgehen. Diese steigen ständig. Deshalb ist die bisherige Geschichte in geringerem Maße Klassenkampf gewesen als die zukünftige es sein kann. Daths Schrift ist nicht irgendeine Rekonstruktion, sie benennt Möglichkeiten: „Das Menschenwesen ist aufgrund seiner informationsverarbeitenden Potenzen in seinem Energie- und Informationsaustausch mit der Natur nur durch die Naturgesetze insgesamt begrenzt. Im Moment scheinen das elektromagnetische, quantenmechanische und relativistische zu sein. [...] Der Mensch ist das Tier, das aus kosmischen Nebelwolken Sterne machen kann.“ (71 f.) Vorher muss allerdings die kapitalistische Gesellschaft überwunden werden. Das ist das Thema und die nächste Aufgabe.

Dietmar Dath denkt historisch, aber Geschichte ist für ihn vor allem Geschichte der Zukunft.



Dath, Dietmar: Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift. Frankfurt am Main: edition unseld. Suhrkamp Verlag 2008. 133 Seiten. 10 Euro.

Und er ist Idealist: „Unrecht ist kein Begriff aus der Wissenschaft, sondern ein normativer, genau wie Sozialismus. Herren und Knechte sind beide etwas anderes als Menschen, moralisch gesprochen: weniger. Das Argument genügt als Grund, sie abschaffen zu wollen.“

Dies ist ein Ausgangspunkt. Hier sollten wir wieder anfangen und fortfahren, wenn nötig materialistisch.

SEHEN • LESEN • HÖREN

Buchempfehlung: Perspektiven des revolutionären Humanismus

Leo Kofler (1907-1995) war ein marxistischer Einzelgänger, der lange Zeit als Privatgelehrter in Köln lebte und sehr spät noch eine Professur für Soziologie in Bochum erhalten hat. Anlässlich seines 100. Geburtstages hat der Neue ISP-Verlag letztes Jahr sein Buch „Perspektiven des revolutionären Humanismus“ (1968) neu aufgelegt.

Wie Christoph Jünke in seinem Vorwort zur Neuauflage schreibt, wurde dieses Buch nach seiner ersten Veröffentlichung kaum rezipiert, auch von der 68er-Studentenbewegung nicht. Jünke führt dies darauf zurück, dass sich die Neue Linke der 60er Jahre irrtümlich für neu gehalten und ältere Traditionen eines undogmatischen Marxismus ignoriert habe. Dazu seien inhaltliche Zumutungen gekommen, wie das Pochen auf ein Bündnis zwischen progressiven Intellektuellen und Gewerkschaften.

Dabei hätte dieses Buch breitere Rezeption verdient – gerade auch heute, in Zeiten des Neoliberalismus. Ein wesentliches Moment der neoliberalen Ideo-

logie ist ein repressives, konservatives Menschenbild: Projekten wie „Hart IV“ liegen Behauptungen zugrunde wie diejenige, der Mensch sei eigentlich ein arbeitsscheues Faultier und müsse zur (unvermeidlich unlustvollen) Tätigkeit gezwungen werden.

Kofler verteidigt demgegenüber ein humanistisches Menschenbild. Ihm geht es um die Begründung einer marxistischen Anthropologie. Seine anthropologischen Annahmen setzt er dabei nicht einfach dogmatisch, sondern leitet sie aus den Problemen der vorfindlichen Anthropologie ab: Diese sei gespalten in Positionen, die ein unveränderliches menschliches Wesen behaupteten, und solchen, die die Veränderlichkeit des Kulturwesens Mensch betonten. Dieser Gegensatz, so Kofler, lasse sich nur auflösen, wenn man berücksichtige, dass der Mensch Veränderliches wie Unveränderliches vereine. Gerade die unveränderlichen Züge des Menschen ermöglichten ihm eine ständige historische Veränderung – etwa die Tatsache der Arbeit, der be-

wussten, planmäßigen Auseinandersetzung mit der Natur. Daraus ergebe sich die Fähigkeit, immer höhere, erfüllendere Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens anzustreben und zu verwirklichen. Historisch führe dorthin jedoch der Umweg über die Klassengesellschaft, so dass konträr zur Phantasie als Ort echter menschlicher Bedürfnisse ein „repressives Menschenbild“ verinnerlicht worden sei, das Grundüberzeugungen wie die vom unaufhebbar leidvollen Charakter der Arbeit, von der Natürlichkeit des Kampfes aller gegen alle oder von der „Sündhaftigkeit“ des Genusses.

Diese verinnerlichten Moralvorstellungen spielen laut Kofler auch im zeitgenössischen Kapitalismus noch eine wichtige Rolle: Zwar seien die Konsummöglichkeiten gestiegen, gleichzeitig würde aber paradoxerweise die asketische Leistungsmoral gestärkt. Denn vermehrte Arbeitsleistung ist eine wesentliche Voraussetzung, an den neuen Konsummöglichkeiten überhaupt teilhaben zu können. Durch eben

diese Konsumverheißungen werde der repressive Charakter der Gesellschaft jedoch schwerer durchschaubar, und die „freiwillige“ Unterwerfung nehme zu. Nach wie vor handle es sich jedoch um eine entfremdete Gesellschaft, denn trotz aller Einkommenssteigerungen ändere sich nichts am sinnentleerten, da fremdbestimmten Charakter des Arbeitsprozesses, was auch zwangsläufig zu einer kulturellen Verkümmern der Arbeiterklasse führe.

Einiges hat sich seit der ersten Auflage sicher geändert – so sinken in Zeiten von Hartz IV auch die Konsummöglichkeiten wieder drastisch. Doch Koflers Diagnose, es handle sich nach wie vor um eine entfremdete Gesellschaft, gilt um so mehr. Ebenso aktuell ist die kämpferische Auseinandersetzung mit dem repressiven Menschenbild.

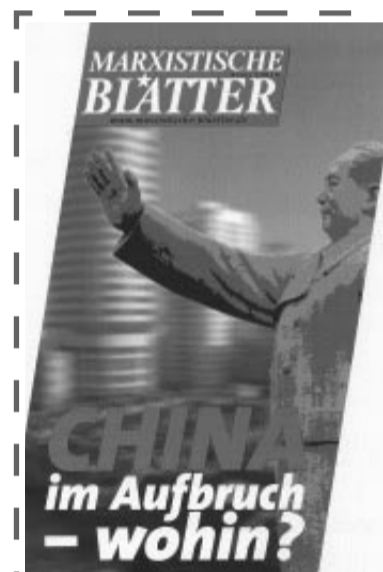
Heiko Bolldorf

Leo Kofler, Perspektiven des revolutionären Humanismus. Neuer ISP-Verlag. 2007

Wir schicken Ihnen das *Marburger Echo* gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.
Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070,
Sparkasse Gießen
(BLZ: 51350025),
bitte Verwendungszweck
angeben: *Marburger Echo*

Treffen der
SDAJ Marburg
immer am **Dienstag**
Abend.
Ort auf Anfrage:
SDAJMarburg@web.de



www.
marxistische-
blaetter
.de
»seit 1963«



IMPRESSUM

www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de

V.i.S.d.P.: Herwig Selzer, Am Kupfergraben 6, 35037 Marburg

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

Layout: compay
Auflage: 1000 Ex., Eigendruck
Erscheinen: vierteljährlich
nächste Ausgabe: Januar 2009
Redaktionsschluss: 15.12.08



www.dkp-marburg.de • www.dkp-hessen.de